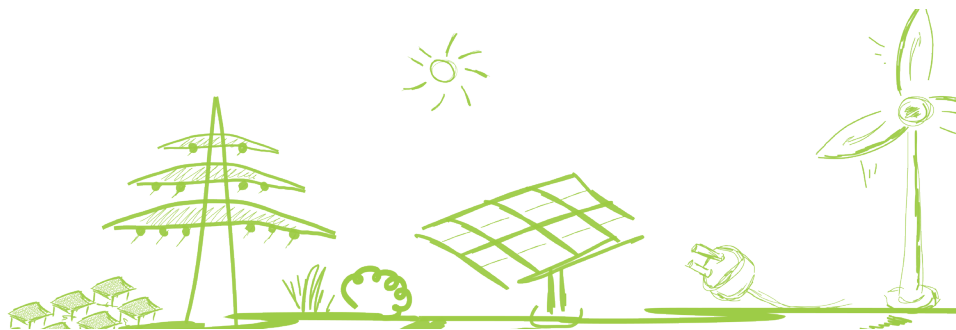




# KLARER KURS



**FÜR DEN KLIMASCHUTZ UND  
ENERGIEWENDE IM NORDEN**



# Klarer Kurs für den Klimaschutz und Energiewende im Norden

Die Bewältigung der Corona-Krise und die damit einhergehenden wirtschaftlichen Konsequenzen stehen im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Es hat sich gezeigt, dass schnelles, zielorientiertes sowie wissenschaftsbasiertes und entschlossenes Handeln der richtige Weg ist, um eine Krise effektiv einzudämmen und Gefahren abzuwehren. Zur Bewältigung der Klimakrise, die gleichzeitig immer sichtbarer und schneller voranschreitet, werden wir eine ähnliche Entschlossenheit brauchen.

Die historische Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bestätigt im Kern unsere Auffassung: Ambitionierte Klimaschutzpolitik ist aktive Freiheitspolitik. Sie ist eine Politik, die künftigen Generationen die Freiheit lässt, ihre Zeit in Freiheit, Wohlstand und Teilhabe zu gestalten.

Die Mehrheit im Bundestag hat beim Klimaschutz die verfassungsrechtlichen Maßstäbe verfehlt. Das Gericht stellt fest, dass die grundrechtlichen Schutzpflichten und das verfassungsrechtliche Gebot, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, mehr erfordern als vage gesetzliche Ankündigungen künftiger Ziele. Die Politik des Aussitzens und Abwartens bedroht so die Freiheitsrechte künftiger Generationen.

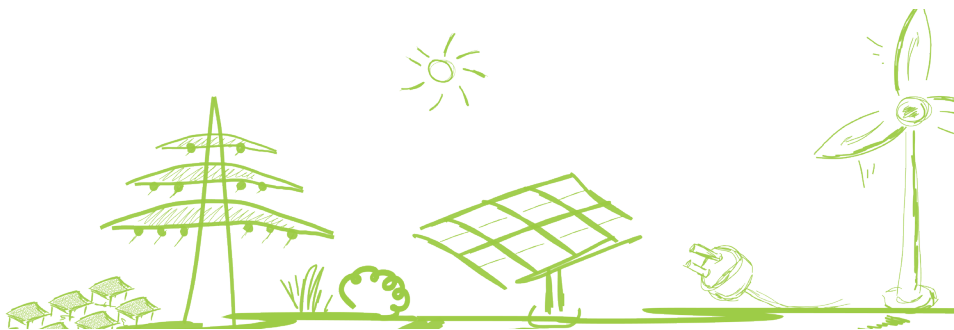


Der Gesetzgeber wird daher den verfassungsrechtlichen Auftrag erfüllen müssen, auch zum Schutz künftiger Generationen eine umfassende, wirksame und wohlbegründete gesetzliche Gesamtplanung zum Klimaschutz festzulegen.

Die nächste Bundesregierung muss Maßnahmen auf den Weg bringen, damit Deutschland auf den 1,5 Grad Pfad kommt, um die Freiheit zukünftiger Generationen zu bewahren. Nutzen wir diese Freiheit, gestalten zu können.

Klimaschutz ist ein Gemeinschaftsprojekt. Alle Nationen und Generationen haben ein natürliches Interesse am Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Längst wird klar: Es geht beim Klimaschutz darum, in internationaler Solidarität und Zusammenarbeit die globale Erwärmung bei 1,5 Grad zu halten, aber auch um unser eigenes Wohl. Unser Wohlstand und unsere Freiheit basieren auf einem sensiblen Gleichgewicht voneinander abhängiger Kreisläufe. Um auch künftigen Generationen die freie Gestaltung ihres Lebens in einer intakten Umwelt und Gesellschaft zu ermöglichen und wirtschaftlich erfolgreich zu bleiben, ist es wichtig, natürliche Gleichgewichte wiederherzustellen und dauerhaft zu erhalten.

Es geht dabei nicht um die Frage einer Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Ökonomie kann nur zukünftig erfolgreich Ge-



sellschaft und Wirtschaft voranbringen, wenn konsequent ökologische Maßstäbe und planetare Grenzen eingehalten werden.

Mit den aktuellen Konjunkturprogrammen werden die Weichen für die Wirtschaftsentwicklung der kommenden Jahre und Jahrzehnte gestellt. Gleichzeitig ist das kommende Jahrzehnt entscheidend für den Klimaschutz. Nur wenn es uns in dieser Zeit gelingt, den Ausstoß der Treibhausgase schnell herunter zu fahren und fossile durch erneuerbare Energien zu ersetzen, wird die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens überhaupt zu erreichen sein.

In Europa und Deutschland sind 18 Prozent der Herkunft der Primärenergien erneuerbar, 84 Prozent noch fossil und atomar. Entschlossenes Handeln ist jetzt nötig, um von Kippunkten, wie dem Auftauen der Permafrostböden mit irreversiblen Auswirkungen auf die Klimaentwicklung, wegzusteuern. Verzögerungsvorschläge ignorieren die aktuelle Erkenntnislage.

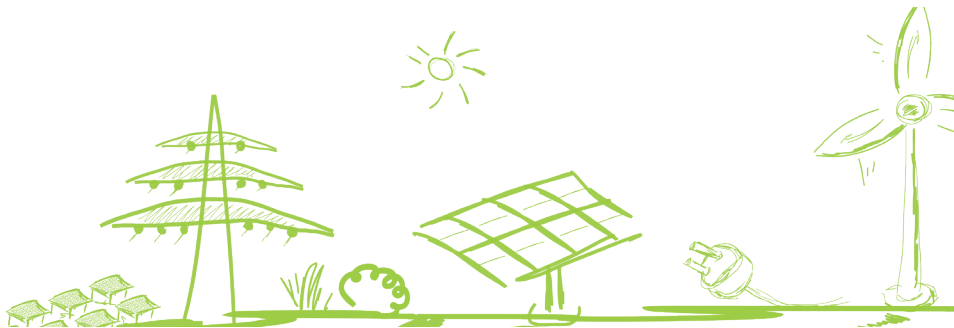
Forderungen von Umweltorganisationen werden von Wirtschaftsakteur\*innen aufgegriffen. So rief der Chef der Internationalen Energieagentur (IEA), Fatih Birol, bereits im März 2020 dazu auf, Konjunkturpakete gezielt auf Klimaschutz auszurichten und dringend einen Rebound-Effekt in den Emissionen zu vermeiden.<sup>1)</sup> Dazu veröffentlichte die IEA einen Katalog an Konjunk-



turmaßnahmen, die gleichzeitig die Wirtschaftsentwicklung und den Klimaschutz voranbringen.<sup>9)</sup>

Im April folgten weitere hochrangige Aufrufe aus Wirtschaft, Finanzwirtschaft, Gesellschaft und Politik, die neuen Konjunkturpakete gezielt, mutig und systematisch auf Klimaschutz auszurichten.<sup>2) 3) 4) 5)</sup> Von der Rhetorik bis zur Umsetzung ist es jedoch, wie so oft, ein weiter Weg.<sup>6)</sup>

Damit die Wiederbelebung der Wirtschaft zu einem nachhaltigen Erfolg werden kann, braucht es zusätzlich zu den öffentlichen Investitionen auch einen geeigneten politischen und ordnungsrechtlichen Rahmen. Nur ein guter politischer Rahmen bildet eine dauerhafte Grundlage für die Entwicklung moderner Technologien und Unternehmen. So ist etwa ein CO<sub>2</sub>-Preis, der die schädlichen Auswirkungen der Emissionen finanziell abbildet, ein wichtiger Schritt, um moderne Technologien wirtschaftlich attraktiver zu machen und den Markthochlauf zu erleichtern. Solange fossile Energieträger durch falsche Abgabepolitik besser gestellt werden, werden auch Fördergelder nicht reichen, um die Wende zu gestalten.







## II. Klimaschutz auf allen Ebenen

Viele Akteur\*innen auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen haben die Herausforderung des Klimaschutzes erkannt: In relativ kurzer Zeit müssen die Technologieveränderungen im richtigen Umfang vorangebracht werden. Das ist die Grundlage weltweiter völkerrechtlich verbindlicher Verträge wie dem Pariser Abkommen.

Die Europäische Union gibt grundsätzlich sowohl mit dem bestehenden Gesetzespaket „Clean Energy for all Europeans“, als auch mit den Plänen für einen „Green Deal“ für alle Mitgliedsstaaten einen gemeinsamen Handlungsrahmen vor. Das Reduktionsziel für Treibhausgase von 65 Prozent, besser 70 Prozent, bis 2030 ist wegen des fortschreitenden Klimawandels für Schleswig-Holstein und Europa dringend erforderlich, um die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen.

Auf Bundes- und EU-Ebene liegen entscheidende Kompetenzbereiche für viele grundlegende klimapolitische Weichenstellungen, wie Strommarktdesign, Steuern, Abgaben und ordnungsrechtliche Vorgaben zum Beispiel für Energieeffizienz, Nachhaltigkeitskriterien für Gebäude und Produkte sowie für die Gemeinsame Agrarpolitik. Nur auf Basis geeigneter Rahmenbedingungen kann eine Wettbewerbsfähigkeit und langfristige Tragfähigkeit für nachhaltige Unternehmen sichergestellt werden. Das Konjunkturprogramm ist nur ein minimaler Anfang.





Die Bundesländer können dabei wesentliche Treiber der Entwicklung sein und zusätzlich durch gezielte Förderpolitik, aber auch durch einen administrativen Rahmen den Klimaschutz voranbringen. So müssen eindeutige Klimaschutzvorhaben in genehmigungsrechtlichen Abwägungen mit einer höchsten Priorität verfolgt werden.



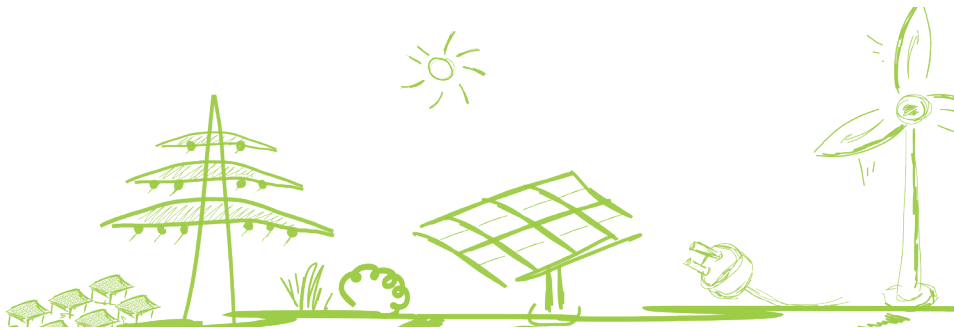
Gerade in den norddeutschen Bundesländern gibt es viele Pionier\*innen in Bezug auf erneuerbare Energien, Wärmewende,



Wasserstoff und andere Speichertechnologien. Auf Bundesebene hingegen werden immer noch wichtige Entscheidungen, wie zu Ausbaumengen für erneuerbare Energien, eine Anpassung der staatlich induzierten Preisbestandteile im Energiesektor, Anreize zur Nutzung von abgeregelten Energiemengen und so weiter immer wieder auf die lange Bank geschoben. Hier ist mehr Durchsetzungskraft im Bundesrat gefragt. Darüber hinaus ist es wichtig, die Möglichkeiten vor Ort kreativ auszunutzen.

So haben wir bisher in Schleswig-Holstein klimapolitisch einiges erreicht.<sup>13)</sup> Während bundesweit noch 10,8 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Kopf im Jahr emittiert werden, sind dies hierzulande mit 8,8 Tonnen 18,5 Prozent weniger. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch (Strom, Wärme, Verkehr) liegt mit 35,6 Prozent deutlich über dem Bundeschnitt von 16,5 Prozent. Die Betrachtung des Gesamtenergieverbrauchs verdeutlicht, dass nach der Stromwende die Energiewende gerade auch im Wärme- und Verkehrsbereich erforderlich ist.

Bei der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien, beim Netzausbau und der Einbindung von großen europäischen (Wasser-)Speichern, zum Beispiel durch NordLink, liegen wir vorn und kommen grundsätzlich durch frühzeitige Bürger\*innenbeteiligung gut voran. Zahlreiche Bürger\*innen, Unternehmen und Kommunen setzen bereits vorbildliche Leucht-



turmprojekte in den Bereichen Mobilität (Dörpsmobil), Wärmewende, Sektorenkopplung und der nachhaltigen Landwirtschaft erfolgreich um. Trotz allem fehlten auch in Schleswig-Holstein im Jahr 2018 von den bis 2020 angestrebten 15 Mio. t Treibhausgasreduktionen noch fünf Millionen Tonnen bis zum Ziel.

Unser Anspruch ist, diese Lücke kurzfristig zu schließen und weiter voran zu kommen. Bereits im Jahr 2017 haben wir ein ambitioniertes Energiewende- und Klimaschutzgesetz (EWKG)<sup>10)</sup> beschlossen. Dieses beinhaltet konkrete Zwischenziele für die Jahre 2020 und 2025 und wird noch in dieser Legislaturperiode evaluiert und anhand der aktuellen Entwicklung der Herausforderungen sowie unter Berücksichtigung des Emissionsbudgets<sup>8)</sup> fortgeschrieben werden. Zudem müssen fortgeschriebene, neue und kurzfristige Ziele beim Ausbau der erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes für 2030 festgelegt werden.

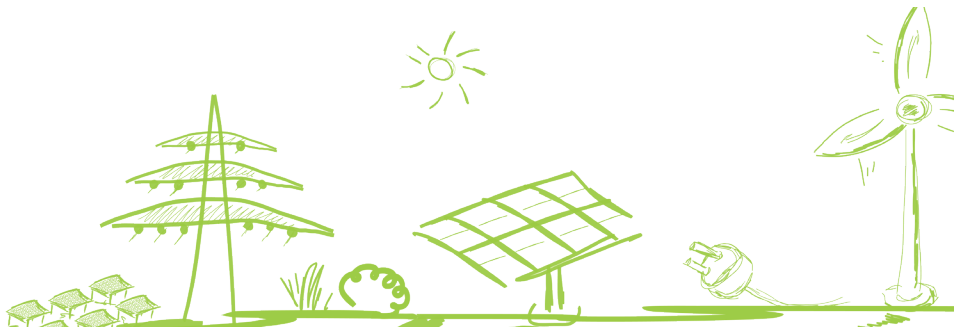
Wir wollen darüber hinaus den Blick auch schon auf die Jahre 2030, 2040 und 2050 richten und einen Klimaschutzplan.SH vorlegen. Wir wollen schon heute auf Grundlage vorhandener Daten Ziele, Maßnahmenansätze und Meilensteine definieren, damit Schleswig-Holstein seinen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele von Paris leisten kann. Dies umfasst insbesondere eine Übersicht über die in den einzelnen Handlungsfeldern her-



zuleitenden Ziele zur Treibhausgas-Minderung, zum Energieverbrauch und vor allem zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Auch sind bereits zahlreiche Förderprogramme für den Klimaschutz auf den Weg gebracht worden. Die Energieagentur der Investitionsbank berät Unternehmen und Gemeinden. Die Energie- und Klimaschutzinitiative (EKI) bietet ein Weiterbildungs- und Beratungsangebot für Gemeinden und wurde von der Jamaika-



Koalition nochmal gestärkt. Bürger\*innen können dank eines Zuschusses kostengünstige Termine mit Berater\*innen der Verbraucherzentrale zu den Themen Energiesparen, Heizung und Solarenergie erhalten.



Es stehen Förderprogramme zur energetischen Quartierssanierung, zur nachhaltigen Wärmeversorgung und der Bürgerenergiefonds bereit. Mit der Landesförderung „Klimaschutz für Bürgerinnen und Bürger“ werden Klimaschutzinvestitionen von Privathaushalten unterstützt.

Mit der Elektromobilitätsstrategie des Landes und dem Kauf elektromobiler Triebwagen für den Nahverkehr sowie einer zusätzlichen Förderung für den Radverkehr sind weitere Fortschritte zu erwarten. Ein Landesförderprogramm für E-Ladesäulen ist nochmal aufgestockt worden auf 21 Millionen Euro.

Kommunen werden neben den Projekten der EKI und der Gesellschaft für Klimaschutz in Schleswig-Holstein (EKSH) auch über die Bereitstellung einer Landeslizenz für das „Klimanavi“ bei der Erstellung einer kommunalen Treibhausgas- und Energiebilanz unterstützt. Zusätzlich wird über den Solarwettbewerb des Landes denjenigen Kommunen, denen eine Steigerung der Gebäudesolarenergie gelingt, ein Preisgeld in Aussicht gestellt.



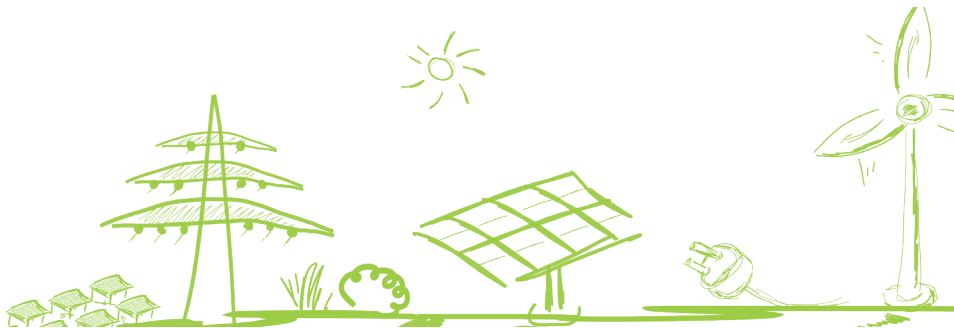


### **III. Unsere 8 Schwerpunkte für schnelleren Klimaschutz in Schleswig-Holstein**

Die Veränderungen zum Erhalt unserer Freiheit und Sicherheit, unseres Wohlstands und unserer Mobilität wollen wir vorausschauend, fair, transparent und demokratisch gestalten. Dabei gilt es auch, die Chancen für das Gemeinwohl, für gute Arbeitsplätze, für Technologievorsprung und Beteiligungsmöglichkeiten zu nutzen. Ein sinnvolles Zusammenspiel aus politischem Rahmen und Förderpolitik ist für den Erfolg entscheidend. Entsprechend unserer Handlungsmöglichkeiten werden wir uns in unserer Arbeit für folgende Schwerpunkte stark machen.

#### **1. Ambitionierte Fortschreibung der Ausbauziele für erneuerbaren Strom**

Wir setzen uns für die zeitnahe und ambitionierte Fortschreibung der Ausbauziele für erneuerbaren Strom ein. Strom ist zentraler Energieträger einer klimaneutralen Gesellschaft. Die Ausbauziele müssen sicherstellen, dass wir die Energie- und Klimaziele fristgerecht erreichen. Die Studie für „Integrierte Klimaschutz- und Energiewendeszenarien für Schleswig-Holstein 2030-2050“ liefert mit dem 95 Prozent-Reduktionsszenario entsprechende wissenschaftliche Grundlagen<sup>14)</sup>. Orientiert man den Ausbau am Emissionsbudget und berücksichtigt die heimische Produkti-



on von Grünem Wasserstoff, sollten bis 2025 37 TWh/a, bis 2030 etwa 60 TWh/a und bis 2040 über 100 TWh/a Strom aus erneuerbaren Energien eingespeist werden. Das muss als zukünftige Ziele und Zeitkorridor bei den Fortschreibungen des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes festgelegt werden.

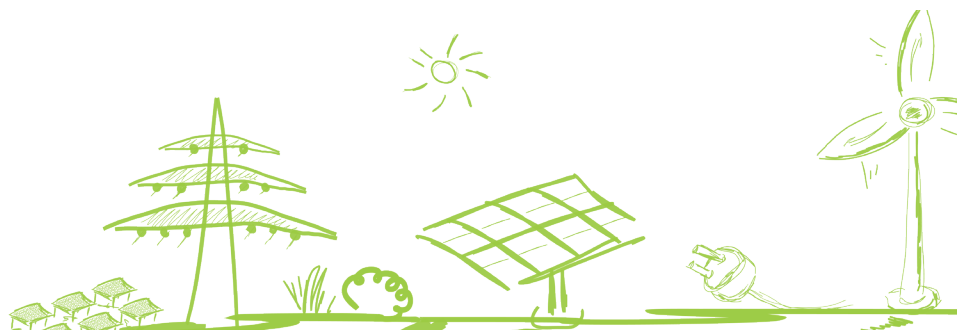
Über die Umsetzung der erneuerbaren Energieziele brauchen wir eine ehrliche und wissensbasierte gesellschaftliche und politische Debatte. Zudem müssen wir kurz- und mittelfristig Lösungen für den zukünftigen Betrieb der nach zwanzig Jahren aus dem EEG auslaufenden erneuerbaren Energieanlagen finden. Für diese so genannten „Altanlagen“ außerhalb von Potenzial- und Repoweringflächen, die vielerorts akzeptiert sind, wollen wir Alternativen zu deren Abbau schaffen. Für diese „Altanlagen“ braucht es wirtschaftliche Perspektiven wie die Grünstrom- oder Direktvermarktung, zur Sektorenkopplung oder zur Wasserstoff-Elektrolyse.

Die Flächenausweisung für 10 GW Windenergie an Land bis 2025 im Teilplan Wind des Landesentwicklungsplanes war der erste Schritt. Wir brauchen den kontinuierlichen Zubau für die Umsetzung der derzeitigen Ziele bis 2025. Die Umsetzung ist auf allen bestätigten Flächen erforderlich. Es gilt, die Ausbauziele für 2025 und den Anforderungen neuer Erkenntnisse zum Klimawandel und zur Energiewende folgend für das Jahr 2030 und 2040 fortzuschreiben.



Wir brauchen eine Vervielfachung der installierten Photovoltaikleistung durch einen kontinuierlichen und zeitnahen Ausbau von Dach- und Freiflächenanlagen von etwa 1 GW/a auf 12 GW/a bis 2030. Leitlinien für die natur- und landschaftsverträgliche Gestaltung und für eine bodenschonende landwirtschaftliche Nebennutzung von PV-Freiflächenanlagen müssen die Umsetzung für Bürger\*innen, Unternehmen und Kommunen erleichtern. Die solare Dachnutzung, angefangen bei Neubauten, muss im EWKG sowie über den Landesentwicklungsplan für die kommunale Planung verbindlich werden. Bei Flächen in Siedlungsnähe ist der Nutzen von Solarthermieanlagen oder saisonalen Speichern für die Einspeisung in ein lokales Wärmenetz als Option zu ermöglichen.

Dezentrale und regionale Wirtschaftspotenziale durch Reststoffverwertung u.a. in Biogasanlagen mit Abwärmenutzung brauchen eine zuverlässige Nutzungsperspektive. Wir wollen Kommunen bei der Wärmeplanung und Erschließung von Reststoffpotenzialen und Abwärme unterstützen. Lokale Stoff- und Energiekreisläufe können so den Import fossiler Energien reduzieren. Ein landesweiter Wärmeatlas soll die Potenzialanalysen und die Wärmeplanung befördern. Bei Biogas sollten die Vorteile der flexiblen Fahrweise genutzt werden.



## 2. Grüner Wasserstoff

Grüner Wasserstoff muss aus erneuerbaren Energien sein und im Sinne einer optimalen Netzauslastung flexibel und mit Nutzung der Wärme der Elektrolyse bereitgestellt werden. Das muss die Landesentwicklungsplanung berücksichtigen. Wir unterstützen die systemdienliche Sektorenkopplung auf lokaler und regionaler Ebene. Das schafft bei schwierigen Rahmenbedingungen Unternehmensperspektiven gerade auch im ländlichen Raum. Es kann nicht sein, dass die Förderung fossilen Erdgases privilegiert ist, die Gewinnung von grünem Wasserstoff aus erneuerbaren Energien aber nicht. In diesem Sinne wollen wir die vorgesehenen 30 Millionen Euro Fördermittel des Landes verwenden.

Für die Wirtschaftlichkeit der dezentralen und netzdienlichen Erzeugung von Wasserstoff und die bedarfsorientierte Bereitstellung von wertvoller Bioenergie sind eine entsprechende Anpassung der staatlich induzierten Preisbestandteile im Energiebereich (Netzentgelte, EEG-Umlage, Stromsteuer, wirksamer CO<sub>2</sub>-Preis) sowie eine Anpassung des KWK-Bonus' auf Bundesebene entscheidend. Auch das forcieren wir.

Bisher wird Wasserstoff überwiegend aus fossilen Energiequellen unter Freisetzung von Treibhausgasen gewonnen. Verliert man beim Wasserstoff die erneuerbaren Erzeugungskapazitäten aus dem Blick, steigen mit dem Wasserstoffbedarf unweiger-

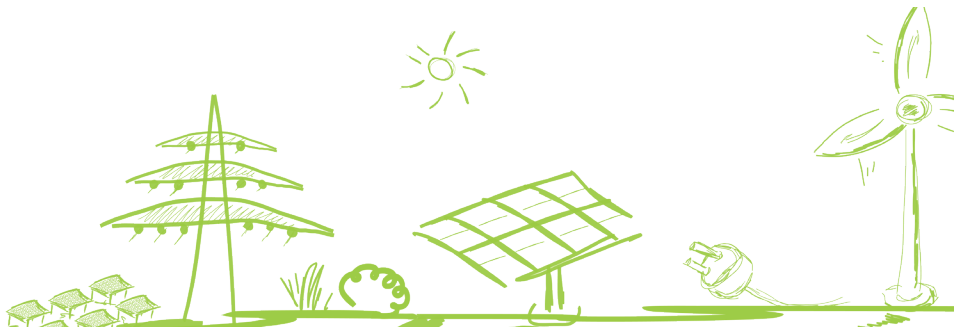


lich die Emissionen aus Verschiebungen im Strommix oder aus der Verwendung von grauem oder blauem Wasserstoff. Daher hat die Unterstützung einer grünen Wasserstofferzeugung Vorrang vor der Förderung von Anwendungen. Anwendungen sind nur im Kontext von systemdienlichen und lokal erzeugtem Grünen Wasserstoff unterstützenswürdig.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine Zertifizierung von Wasserstoff ein, die zwischen grünem, blauem und grauem Wasserstoff unterscheidet. Diese Differenzierung und Kennzeichnung ist entscheidend für die Transparenz und Wettbewerbsfähigkeit für einen grünen Wasserstoff-Erzeugungsstandort Schleswig-Holstein.

### **3. Synergien zwischen Klimaschutz, Energiewende und der Wirtschaft stärken**

In kaum einem anderen Land können die Synergien zwischen Wirtschaft und Klimaschutz durch die Energiewende so groß sein wie in Schleswig-Holstein. Dank der vielen erneuerbaren Energien können Unternehmen hier sagen, dass der Strom für ihre Produktion aus Erneuerbaren kommt. Wir haben Reallabore und Unternehmensnetzwerke wie NEW 4.0 nach Schleswig-Holstein geholt, um trotz blockierender Regularien durch den Bund voranzukommen. Durch das Landesprogramm Wirtschaft unserer Energieagentur werden kleine und mittelständische Unternehmen bei der energetischen Umstellung unterstützt.





Wir setzen darauf, dass unsere Unternehmen Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land halten, indem sie die Herausforderungen des Klimaschutzes und der Energiewende zeitnah umsetzen. Und wir setzen darauf, dass unsere günstigen Bedingungen zur grünen Energieerzeugung zu neuen Arbeitsplätzen und Ansiedlungen führt. Der Ausbau des Angebotes von regionalen Tourismus- und Naherholungszielen kommt ebenso dem Klima zu Gute.

Darüber hinaus ist die Energiewende- und Klimaforschung ein wichtiger Motor für modernes Wirtschaften in Schleswig-Holstein. Die neuen Anforderungen aus der Coronakrise sind eine Sicherung der Entwicklung und Erzeugung wichtiger Produkte in Europa sowie eine Überprüfung der Verkürzung der Liefer- und Erzeugungsketten. Das ist gut für die Widerstandsfähigkeit der Volkswirtschaft, der Unternehmen und das Klima. Grün ist unsere Wachstumsstrategie.

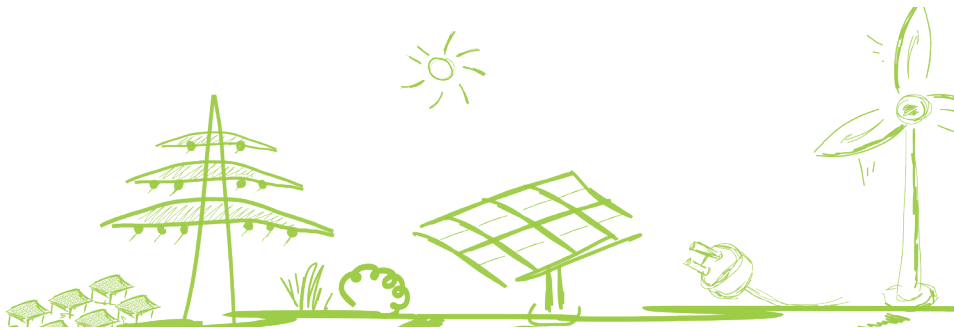
Darum wollen wir eine Aus- und Weiterbildungsoffensive für Zukunftsberufe. Wir wollen Angebote in relevanten Bereichen wie etwa Handwerk, Gebäude- und Klimatechnik, erneuerbare Energien und Effizienztechnologien im Fachschul-, Hochschul- und Ausbildungsbereich deutlich stärken. So wollen wir sicherstellen, dass moderne Verfahren wie Holzbautechnik, Dämmung sowie alternative Klima- und Wärmesysteme in Schleswig-Holstein schnell zum Stand der Technik werden. Auch in der Schulbildung müssen Klimaschutz und Energiewende in den Lehrplänen stärker verankert werden.



## 4. Aufbau einer klimaneutralen Wärmeversorgung mit Unterstützung der Förderprogramme des Bundes und des Landes

Fast 50 Prozent unseres Energiebedarfes ist Wärme. Bisher kommen nur 17 Prozent aus erneuerbaren Energien. Wir wollen daher eine Nutzungspflicht für erneuerbare Energien über das EWKG auf den Weg bringen. Der Weg zum nachhaltigen Wohnen und eine bezahlbare warme Wohnung geht über einen Mix aus dem Aufbau kommunaler Nah- und Fernwärmenetze, Effizienzmaßnahmen wie Quartierssanierungen und erneuerbaren Energien sowie einer Nutzung von Abwärme. Dafür brauchen wir landesweit eine Übersicht über Wärmequellen und Bedarfe. Mit einer Potenzial- und Bedarfsanalyse Wärme, deren Daten in einen Wärmetlas einfließen, können wir Kommunen, Bürger\*innen und Unternehmen eine Unterstützung bei der Wärmeplanung geben.

Wir setzen uns für die Erweiterung und Aufstockung des Programmes für nachhaltige Wärmeversorgungssysteme auf mindestens 30 Millionen Euro sowie für die Fortsetzung und gegebenenfalls Aufstockung des KfW-Programmes 432 ein. Darüber hinaus ist die Errichtung von Anlagen zur Wärmeengewinnung aus erneuerbaren Energien, wie Solarthermie und der Errichtung von saisonalen Wärmespeichern, planerisch und auf der Grundlage eines PV-Leitfadens im Genehmigungsverfahren wegen ihres Beitrages zum Klimaschutz zu ermöglichen.



Ohne kommunalen Klimaschutz gibt es keine Energiewende <sup>11)</sup>: Klimaschutz wird in den Kommunen und Städten umgesetzt. Darum wollen wir eine verbindliche kommunale Wärmeplanung mit verbindlichen Zielen für die Minderung von Treibhausgasen und den Einsatz von erneuerbaren Energien über das EWKG. Durch die Fortführung und Stärkung der Energie- und Klimaschutzinitiative (EKI), eine Unterstützung für den Aufbau von regionalen Klimaschutzagenturen und durch den Aufbau eines revolvingierenden Investitionsfonds für besonders langfristige Investitionen für den kommunalen Klimaschutz soll der lokale Klimaschutz besser vorankommen. Dafür werden wir auch die Möglichkeit von Sondervermögen und Investitionsfonds prüfen.

Wir wollen durch eine Anpassung der Amtsordnung die Übertragung der Aufgabe 16 „Energie- und Wärmeversorgung sowie lokale Maßnahmen des Klimaschutzes“ von den Gemeinden auf die Ämter erleichtern. Zudem sollten die Weiterbildungsangebote durch die EKSH und das Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume sowie die EKI-Fachforen für Verwaltung und kommunale Klimaschutzmanager\*innen ausgebaut werden.

Wir wollen prüfen, ob eine Öffnungsklausel „klimaneutrale Modellgemeinde“ für besonders ambitionierte Projekte der Sektorenkopplung möglich ist, die Ausnahmen von Planungsvorgaben im Kriterienkatalog der Windplanung schafft, beispielsweise bei Abständen zur betroffenen Wohnbebauung. Voraussetzung hier-

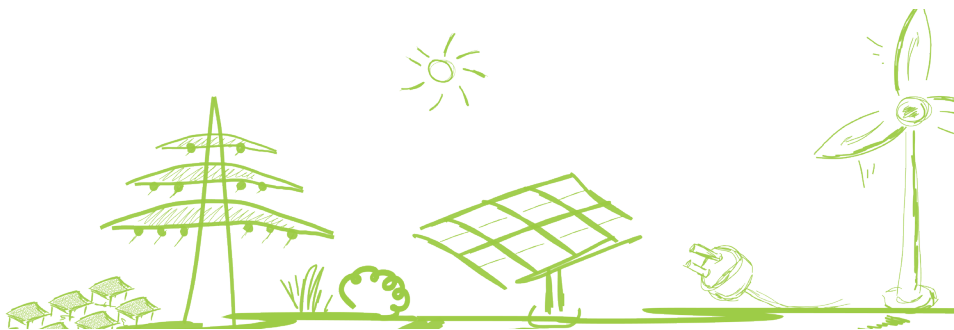


für soll neben dem Immissions- und Umweltrecht die Befürwortung von Kommune und Bürger\*innen sein.

## 5. Hochfahren einer klimaneutralen Mobilität

Ziel ist die klimaneutrale Mobilität sowohl auf Schienen und Straßen, als auch im Wasser und in der Luft. Wir müssen die Grundlagen dafür endlich auch in einer Erweiterung des EWKG als Mobilitätswendegesetz legen. Bis spätestens 2040 sollen alle fossilen Energieträger im Verkehrssektor ersetzt werden. Dafür investieren wir in 55 elektromobile Triebwagen und entwickeln eine Schienenstrategie für das ganze Land. Wir setzen uns für eine ausreichende Finanzierung zum Ausbau des regionalen Schienenverkehrs ein (MOIN.SH). Dabei geht es auch darum, die Elektrifizierung mit Oberleitungen voranzubringen, Bahnstrecken im Land zu reaktivieren und Kapazitäten deutlich zu erweitern. Durch Erweiterung und Modernisierung der Infrastruktur sollen Züge endlich schnell und pünktlich fahren.

Zu unserer Mobilitätswende gehört ein Förderprogramm zur Umrüstung von Busbetriebshöfen auf Elektromobilität sowie zur Unterstützung beim Aufbau einer Ladeinfrastruktur für erneuerbaren Strom im Land. Der Ausbau der Elektromobilität und ihrer Infrastruktur einschließlich der Umsteigepunkte ist in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein für viele entscheidend, um



mobil zu bleiben. Um die Umsetzung von E-Mobilität flächendeckend zu erleichtern, muss die dafür zukünftig erforderliche Leitungsinfrastruktur und Ladeinfrastruktur bei allen betreffenden Baumaßnahmen vorbereitend mit eingeplant werden.

Der Straßenverkehr kann durch Geschwindigkeitsbegrenzungen 130/80/30 und mit einer Verbesserung des Fahrrad- und Fußverkehrs klimafreundlicher, gesünder und sicherer werden. Für den Radverkehr werden wir mit zusätzlichen 40 Millionen Euro zahlreiche Ziele und Maßnahmen der Radstrategie zeitnah durch sogenannte „Quick Wins“ umsetzen und alle Radaktiven an einem Grünen Tisch Radverkehr zusammenbringen.

Gerade Kommunen sind für die Weiterentwicklung des Radverkehrs von zentraler Bedeutung. Deshalb haben wir die Kommunale Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Schleswig-Holstein e.V. (RAD.SH) angeschoben und werden sie weiter fördern. Außerdem wollen wir eine Verlagerung der Güterströme von der Straße auf die Schiene und auf das Wasser erreichen, indem wir Schnittstellen stärken und uns beim Bund für entsprechende Rahmenbedingungen einsetzen und eine Finanzierung über Impuls jeweils prüfen.

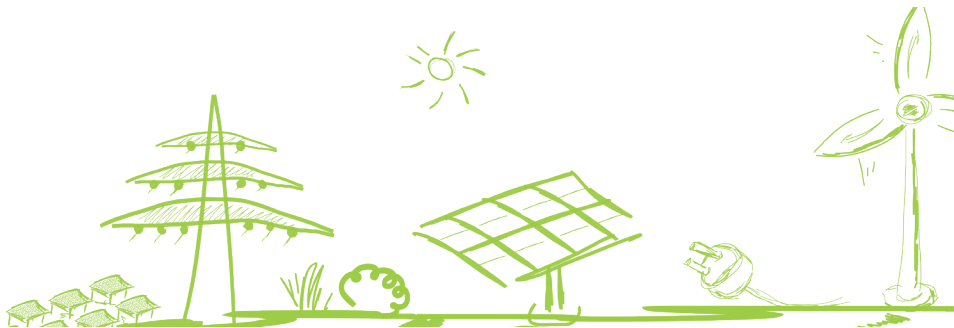




## 6. Landbewirtschaftung kann und wird die Speicherfunktion der Böden für Kohlenstoff sichern und ausbauen

Mit unserer Landtagsinitiative und dem Programm für den biologischen Klimaschutz ist ein erster Schritt getan. Allein dieses weitere Programm zum Moorschutz hat das Potenzial, etwa 0,7 Mio. t CO<sub>2</sub>/a zu vermeiden. Daher wollen wir die Einrichtung eines Sondervermögens „Klimaschutz SH“ prüfen. Wir werden uns weiterhin für eine entsprechende Ausstattung und Gestaltung der Programme zum Schutz von Moorböden und Grünland einsetzen. Dabei werden wir zusätzlich durch eine Anpassung der Wasserstände bei organischen Böden und der Nutzungen von Böden den Herausforderungen des Klimaschutzes gerecht werden.

Mit zahlreichen bekannten und neu entwickelten Maßnahmen lassen sich die Potenziale der Landwirtschaft und in der Tierhaltung für den Klimaschutz aktivieren. Dazu gehören vielfältige Fruchtfolgen, geschlossene Nährstoffkreisläufe, Weidehaltung, die Umstellung auf Dauergrünland, eine Ausweitung des ökologischen Landbaus sowie eine Orientierung an diesen Erfahrungen und Systemen. Eine Reduktion der Tierzahlen und eine breitere Verteilung über die Fläche sind dabei ein weiterer wichtiger



Baustein im Klimaschutz. Eine wirksame Düngeverordnung sowie ihre Umsetzung und Fortschreibung bleiben für uns zentral.

Das Ziel der aktuellen Agrarpolitik der weltweiten Kostenführerschaft auf internationalen Märkten ist nicht mit den steigenden Herausforderungen im Klima-, Umwelt- und Tierschutzbereich zu vereinbaren. Daher müssen wirksame Maßnahmen im Wettbewerbsrecht, der Marktgestaltung und der Qualifizierung des Marktzugangs umgesetzt werden. Dafür setzen wir uns in der Vergangenheit wie zukünftig ein. Wir unterstützen die zeitnahe Umsetzung der Vorschläge der Borchert-Kommission, denn sie sind ein wichtiger Schritt in Richtung einer nachhaltigen Tierhaltung und weisen ein geeignetes Finanzierungsmodell für Landwirt\*innen auf.

Im Rahmen der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik und Entwicklung der nationalen strategischen Pläne spielen die „Eco-Schemes“ eine zentrale Rolle. Über diese sollten beginnend bei 30 Prozent und zeitlich aufsteigend alle Mittel der ersten Säule vergeben werden. Das ist eine wichtige Chance, um die Standortvorteile in Schleswig-Holstein qualitativ zur Geltung zu bringen. Die Weidehaltung, der Schutz von organischen Böden, diversitätsfördernde Strukturelemente und andere wertvolle betrieblichen Besonderheiten können durch eine ambitionierte Ausgestaltung der Eco-Schemes eine ökonomische Perspektive erhalten.

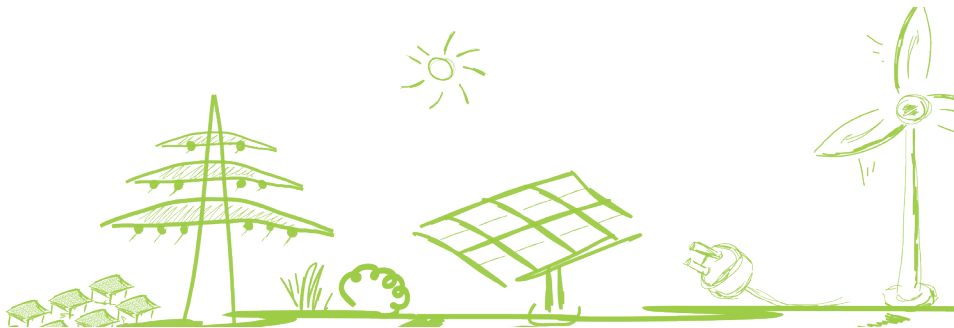


## 7. Finanz- und Haushaltspolitik ist bei uns Klimapolitik

Wir haben erreicht, dass das Anlagenvermögen des Landes strengen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkriterien unterliegt. In Zukunft wollen wir auch Landesbeteiligungen zu diesen Kriterien verpflichten. Öffentliche Immobilien sollen noch schneller klimaneutral werden. Allein aus den jüngsten Haushaltsüberschüssen haben wir 30 Millionen Euro dafür vorgesehen.

Wir haben einen konsequenten Fahrplan für eine klimaneutrale Verwaltung von Landesregierung und Parlament in Bau, Bewirtschaftung, Mobilität und Beschaffung auf den Weg gebracht. Wir haben im Landtag beschlossen, dass Gesetze, Verordnungen sowie Förder- und Vergaberichtlinien einem Klimacheck unterzogen werden. Wir wollen die Bewilligung von Fördermitteln um einen verbindlichen Nachweis einer umfassenden Energie- und Klimawirkung der Maßnahme erweitern. Landesmittel sollen nur noch in zukunftsfähige und nicht mehr in fossile Energieinfrastrukturen fließen.

Nachhaltigkeitskriterien sollen auch in der Vergabe stärker Berücksichtigung finden, ganz gleich ob es sich um die Regionalität, Bio-Qualität, natürliche Baustoffe oder alternative Antriebe handelt. Überall wo ein Nutzen für das Klima entsteht, entsteht auch ein Mehrwert für Schleswig-Holstein.



## 8. Für Klimaschutz begeistern



Wir wollen nicht erklären, was alles nicht geht, sondern wie es gehen kann. Klimaschutz in all seinen Facetten ist, zusammen mit einer schnellen Energiewende, die Voraussetzung für uns alle, auch zukünftig gut leben zu können, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu haben und mobil zu sein. Die Beteiligung von Bürger\*innen an der Gestaltung von Energiewende und Klimaschutz ist dafür die Voraussetzung. Darum haben wir einen revolvingierenden Fonds für Bürger\*innenenergieprojekte geschaffen und das Programm Klima-SH. Im Rahmen der Fortschreibung der Energiewende- und Klimaschutzziele kann ein begleitender, geloster Klimarat unter wissenschaftlicher Anleitung die parlamentarische Entscheidungsfindung parallel flankieren.



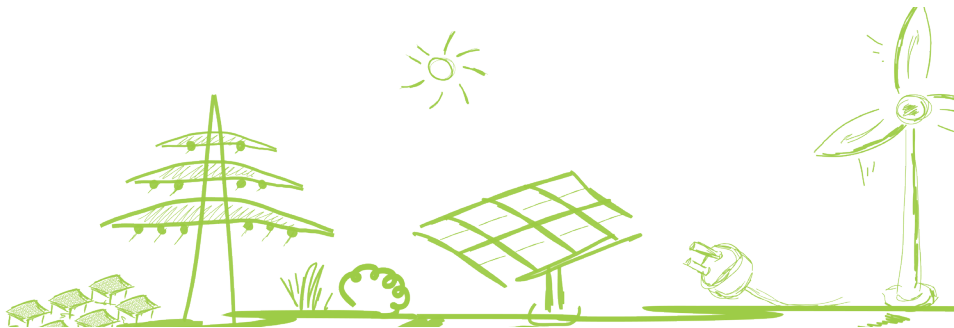
## IV. Ausblick

Das Land verändert sich. Im Land zwischen den Meeren spüren wir die Auswirkungen des Klimawandels besonders. Wir reagieren auf diese Entwicklung und beugen mit neuen Maßnahmen beim Hochwasser- und Küstenschutz vor.

Das Land verändert sich aber auch, weil Klimaschutz und Energiewende eine neue Infrastruktur entstehen lassen. Sie ist nicht mehr verbunden mit Atom- und Kohlemeilern, sondern mit Sonnenkraftwerken und Windenergieanlagen, mit neuen Speichern und E Mobilität und vielem mehr. Jeder Wandel ist eine neue Herausforderung.

Mit den genannten Punkten setzen wir unsere konsequente Politik für Energiewende und Klimaschutz fort. Sie sind ein weiterer Zwischenschritt auf einem langen Weg. Mit voranschreitendem Klimawandel und einem steigenden CO<sub>2</sub>-Preis wird es immer wichtiger, die Techniken von Morgen in die Fläche zu bringen.

Die Klimakrise führt auch zu einem kulturellen Wandel. Das Thema Klimawandel hat sich im Lichte anderer Krisen als zentrale Zukunftsfrage erwiesen und durch die „Fridays for Future“-Bewegung Einzug in die Medienlandschaft und viele Gesprächen





erhalten. Unternehmer\*innen, Wissenschaftler\*innen und Jugendliche fordern, die Klimakrise endlich wie eine Krise und mit nötiger Priorität zu behandeln. Die oben beschriebenen Schritte können nur die nächsten Schritte einer großen Veränderung sein. Vieles kommt auf den bundespolitischen Rahmen an, damit nachhaltige Lösungen flächendeckend, wirtschaftlich, tragfähig und attraktiv werden.

Das Wichtigste ist der rechtzeitige und frühestmögliche Beginn in der Umsetzung von ambitionierten und wirksamen Maßnahmen. Diese Zeit ist unsere Zeit – nutzen wir sie.



## Quellen:

1) Put clean energy at the heart of stimulus plans to counter the coronavirus crisis

<https://www.iea.org/commentaries/put-clean-energy-at-the-heart-of-stimulus-plans-to-counter-the-coronavirus-crisis>

2) Unternehmensappell für Krisenbewältigung und Zukunftsfähigkeit - Mit einem Klima-Konjunkturprogramm unsere Wirtschaft krisenfester machen.

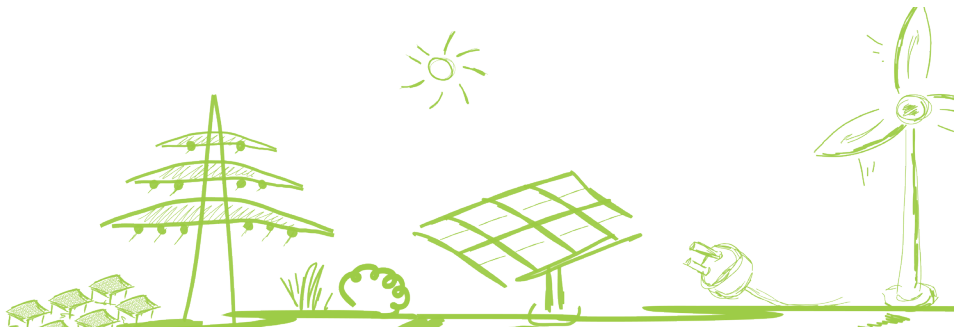
<https://www.stiftung2grad.de/unternehmensappell-klima-konjunkturprogramm>

3) DENEFF: Über 190 Organisationen und Unternehmen fordern Klima-Konjunkturpaket

<https://www.deneff.org/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen-detailansicht/archive/2020/21/april/article/ueber-190-organisationen-und-unternehmen-fordern-klima-konjunkturpaket.html>

4) Agora: Der Booster - Vorschlag für ein zielgerichtetes 100-Milliarden-Wachstums- und Investitionsprogramm

<https://www.agora-energiewende.de/veroeffentlichungen/der-doppelte-booster/>



5) BMU: EU-Umweltminister: Wiederaufbau-Programm soll sich an umwelt- und klimapolitischen Zielen ausrichten

<https://www.bmu.de/pressemitteilung/eu-umweltminister-wiederaufbau-programm-soll-sich-an-umwelt-und-klimapolitischen-zielen-ausrichten/>

6) Energy Policy Tracker: Track public money for energy in recovery packages

<https://www.energypolicytracker.org/>

7) Programm Klimaschutz SH [https://schleswig-holstein.de/DE/Schwerpunkte/Klimaschutz/Klimaschutz\\_node.html](https://schleswig-holstein.de/DE/Schwerpunkte/Klimaschutz/Klimaschutz_node.html)

8) DW: Klimaschutz: Deutschland bis 2038 klimaneutral?

<https://www.dw.com/de/deutschland-bis-2038-klimaneutral-klimawandel-experten-der-bundesregierung-empfehlen-co2-budget-sru/a-53427340>

Kurzfassung des Gutachtens: [https://www.umweltrat.de/Shared-Docs/Downloads/DE/01\\_Umweltgutachten/2016\\_2020/2020\\_Umweltgutachten\\_Kurzfassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.umweltrat.de/Shared-Docs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/2020_Umweltgutachten_Kurzfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

9) IEA Sustainable Recovery: <https://www.iea.org/reports/sustainable-recovery>



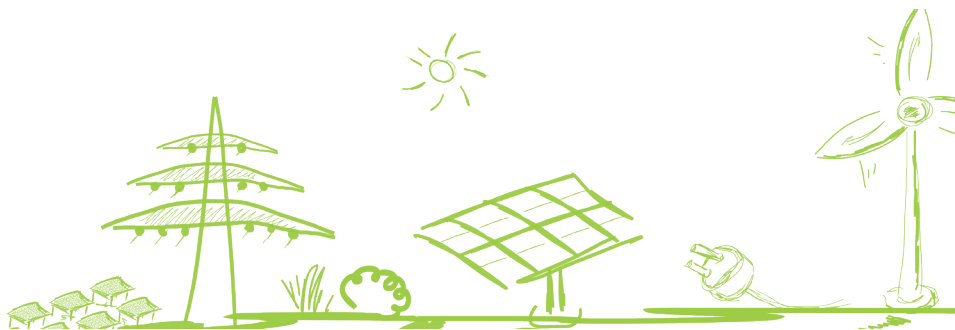
10) Energiewende- und Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein:  
<https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/klimaschutz/energiewendeKlimaschutzgesetz.html>

11) Bemerkungen des Landesrechnungshofes mit Hinweis auf Notwendigkeit die Kommunen beim Klimaschutz zu unterstützen: <https://landesrechnungshof-sh.de/file/bm2019.pdf>

13) Energiewende- und Klimaschutzbericht Schleswig-Holstein:  
<https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/klimaschutz/energiewendeKlimaschutzberichte.html>

14) Integrierte Klimaschutz- und Energiewendeszenarien für Schleswig-Holstein 2030- 2050 [https://www.eksh.org/fileadmin/downloads/publikationen/Endbericht\\_final\\_2020\\_07\\_15.pdf](https://www.eksh.org/fileadmin/downloads/publikationen/Endbericht_final_2020_07_15.pdf)

15) Eckpunkte der Landesradstrategie 2030 [https://wimikiel.files.wordpress.com/2020/09/20200901-radstrategie\\_hintergrund.pdf](https://wimikiel.files.wordpress.com/2020/09/20200901-radstrategie_hintergrund.pdf)



## Kontakt

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Landtag Schleswig-Holstein  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

ViSdP.: Bernd Voß, MdL

Tel: (0431) 988 1500

E-Mail: [fraktion@gruene.ltsh.de](mailto:fraktion@gruene.ltsh.de)

[www.sh-gruene-fraktion.de](http://www.sh-gruene-fraktion.de)

Facebook: [gruenesh](https://www.facebook.com/gruenesh)

Instagram: [gruenefraktionensh](https://www.instagram.com/gruenefraktionensh)

Gestaltung: Bettina Aust

Illustration: [eflstudioart\\_adobestock](#)

Juni 2021



